



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2018/03800**
Datum: 07.02.2018
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	28.02.2018	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	20.03.2018	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung	27.03.2018	öffentlich Vorberatung
Bildungsausschuss	03.04.2018	öffentlich Vorberatung
Jugendhilfeausschuss	05.04.2018	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	17.04.2018	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	18.04.2018	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	25.04.2018	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung einer praxisintegrierten Ausbildung (PiA)

Beschlussvorschlag:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Land Sachsen-Anhalt die Ausbildung zum/zur Erzieher/in attraktiver zu gestalten und zu verbessern, indem eine praxisintegrierte Ausbildung mit dreijähriger fachschulischer Ausbildung in Verbindung mit einer vergüteten Anstellung in einer sozialpädagogischen Einrichtung zum/zur staatlich anerkannten Erzieher/in in der Stadt Halle (Saale) eingeführt wird.

Als Vorbild dient das bereits seit einigen Jahren in Baden-Württemberg erfolgreich praktizierte Modell PiA.

2. Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich an den Kosten der praxisorientierten Ausbildung. Die Stadt Halle refinanziert den Trägern die sozialversicherungspflichtige Anstellung von Auszubildenden in tatsächlichem Umfang.
3. Die Auszubildenden werden nicht an den gesetzlichen Mindestpersonalschlüssel angerechnet.
4. Die Verwaltung berichtet im Jugendhilfeausschuss im April in einer Informationsvorlage über die beabsichtigten Schritte zur Einführung einer praxisorientierten Ausbildung in der Stadt Halle (Saale).

gez. Tom Wolter
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Ziel von PiA ist es, die Erzieherausbildung in Zeiten eines eklatanten Fachkräftemangels attraktiver zu machen und zusätzliche Bewerber zu gewinnen. Es soll in allen drei Ausbildungsjahren eine Vergütung bezahlt werden. Außerdem sollen neue Zielgruppen, vor allem Männer und auch Quereinsteiger, gewonnen werden.

Die dreijährige Phase der Erzieherausbildung an der Fachschule für Sozialpädagogik wird so strukturiert, dass Theorie und Praxis nicht in voneinander abgetrennten Ausbildungsblöcken vermittelt werden, sondern die praktische Ausbildung während der gesamten drei Jahre – wie bei der dualen Ausbildung – pro Woche an zwei Tagen Theorievermittlung an der Fachschule ergänzt wird. Auf diese Weise gelingt ein besserer Transfer zwischen theoretisch erworbenem Wissen und praktischer Bildungs- und Betreuungsarbeit.

In der konventionellen Ausbildung gehen die angehenden Erzieher zwei Jahre auf eine Fachschule und absolvieren im Anschluss ihr Anerkennungsjahr oder Berufspraktikum. Bei PiA erfolgen die Praxisausbildung und die schulische Ausbildung parallel, zwei bis drei Tage verbringen die Azubis in der Schule, den Rest der Woche arbeiten sie in der Kita. Umgerechnet verbringen Auszubildende der PiA genauso viel Zeit in der Fachschule, wie diejenigen der konventionellen Ausbildung.

Das bezahlte Ausbildungsverhältnis erleichtert besonders denjenigen die Entscheidung zur Ausbildung, die einen eigenen Haushalt zu finanzieren haben. Für die einen knüpft das Modell an vorhandene Arbeitnehmererfahrungen an, für die anderen ist es gerade nach langer Schulzeit attraktiv. Zum anderen begünstigt die enge Theorie-Praxis-Verzahnung, also der regelmäßige Wechsel zwischen den beiden Lernorten Schule und Praxis, die Anwendung des in Theorie Gelernten und schafft ein hohes Aufmerksamkeitspotential in der Fachschule. An beiden Lernorten wird kritisch geprüft, ob die Theorie umsetzbar ist und die Praxis den fachlichen Ansprüchen genügt.

In diesem Zusammenhang kann durch die Unterstützung der Kommune ein zusätzliches Angebot an Fachschulen etabliert werden, welches es auch Teilnehmern mit Migrationshintergrund und/oder qualifizierten Flüchtlingen ermöglicht, die Ausbildung zur Hilfskraft (Sozialassistent, Kinderpfleger) oder zur Fachkraft (Staatlich anerkannter Erzieher) erfolgreich abzuschließen.

Fachschulen arbeiten schon immer eng mit Praxisstellen zusammen, neu ist bei PiA die intensive Zusammenarbeit direkt mit den Trägern, die beispielsweise in Baden-Württemberg in einer Kooperationsvereinbarung formuliert ist und Rechte bzw. Pflichten beider Ausbildungsorte festhält. Träger sind nicht mehr nur „Abnehmer“ ausgebildeter Erzieher, sondern Ausbildungspartner.

Vor dem Hintergrund der Einführung der fächerübergreifenden Lernfelder an Fachschulen für Sozialpädagogik soll der Unterricht in den Methodenfächern auch in Kooperation mit Trägern direkt in der Praxis stattfinden. Diesem Anspruch wird nur selten Rechnung getragen. Träger der Kinder- und Jugendhilfe machen schon seit Jahren darauf aufmerksam, dass die methodische und didaktische Kompetenz der Fachschulabsolventen ausbaufähig ist. Die Integration der Schülerinnen und Schüler in das Handlungsfeld kann hier einen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Qualität der beschäftigten Fachkräfte leisten.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

21. Februar 2018

Sitzung des Stadtrates am 28.02.2018

Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung einer praxisintegrierten Ausbildung (PiA)

Vorlagen-Nummer: VI/2018/03800

TOP: 9.5

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Oberbürgermeister verweist den Antrag in den Bildungsausschuss, den Jugendhilfeausschuss und den Finanzausschuss.

Begründung:

Für die Rahmenbedingungen von Ausbildungsangeboten an Fachschulen ist das Land verantwortlich. Aus diesem Grund kann die Stadtverwaltung nicht damit beauftragt werden, eine praxisintegrierte Ausbildung mit dreijähriger fachschulischer Ausbildung in Verbindung mit einer vergüteten Anstellung in einer sozialpädagogischen Einrichtung zum/zur staatlich anerkannten Erzieher/in in der Stadt Halle (Saale) einzuführen oder zu gestalten.

In den Ausschüssen sollen Fragen der Zuständigkeit und damit der Handlungsspielraum der Verwaltung (siehe Beschlusspunkt 1) im Detail erörtert werden sowie die finanziellen Auswirkungen, die aus Beschlusspunkt 2 resultieren.

Die Stadtverwaltung ist bereits zum Thema Fachkräftemangel und Ausbildungsbedingungen von ErzieherInnen aktiv. So wurde ein sogenannter „Runder Tisch Fachkräftegewinnung“ ins Leben gerufen. Ein Ergebnis davon ist, dass der Austausch mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration sowie mit dem Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt geführt wird, um Rahmenbedingungen für die ErzieherInnenausbildung attraktiver zu gestalten. Für die bilateralen Verhandlungen befindet sich die Verwaltung derzeit in Terminabstimmungen.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

